

FOOD FIRST

NR. 1/22

**TOXISCHE VERBINDUNGEN
IM ERNÄHRUNGSSYSTEM**

**PESTIZIDE:
ERHÖHTE GEFAHREN FÜR DEN GLOBALEN SÜDEN**

SEITE 2

**MIT KLEINBÄUERLICHEN SAATGUTSYSTEMEN
ZU PESTIZIDFREIER ERNÄHRUNG**

SEITE 4

**INTERVIEW: VON KONVENTIONELLER PRODUKTION ZU
BIOLOGISCHEM ANBAU. EIN UMSTELLUNGSPROZESS**

SEITE 8



**FIAN
ÖSTERREICH**

**INT. MENSCHENRECHTS
ORGANISATION FÜR DAS
RECHT SICH ZU ERNÄHREN**

REZEPTE FÜR POLITISCHE TEILHABE

Das Handbuch "Rezepte für politische Teilhabe" erinnert an die Emanzipation der Frauen durch kollektive Organisation und Wissensaufbau. Der Leitfaden wurde von Menschenrechts-Expertinnen, Aktivistinnen, Kleinbäuerinnen und Landarbeiterinnen entwickelt. Er bietet Frauen in ländlichen Gebieten - unabhängig davon, ob sie lokalen oder nationalen Organisationen angehören - eine praktische Anleitung, wie sie eine Agenda für das Recht auf Nahrung und Ernährung auf der Grundlage aktueller internationaler Menschenrechtsnormen erstellen können.

Die Publikation kann auf unserer Website kostenlos heruntergeladen oder zum Unkostenbeitrag bestellt werden:

<https://fian.at/de/publikationen/bestellen-download/st-2021-11-rpt/>



MENSCHENRECHTE STATT GESCHENKE

Ihnen steht ein großes Fest ins Haus und Sie wünschen sich keine Gutscheine, Blumensträuße oder Weinflaschen? Dann entscheiden Sie sich für eine Spende an FIAN statt Geschenke. Stellen Sie eine Spendenbox für Ihre Gäste auf und überweisen Sie dann einfach den gesammelten Betrag auf unser Spendenkonto

IBAN: AT73 2011 1294 1590 3600

BIC: GIBATWWXXX

Bitte geben Sie als Verwendungszweck **"Spenden statt Geschenke"** an. Gerne schicken wir Ihnen Infomaterial für Ihr Fest zu, damit Sie Ihren Gästen zeigen können, wofür die Spenden gesammelt werden.

Schreiben Sie uns eine Email an office@fian.at oder rufen Sie an: **01 - 2350239**.

NEU: Virtuelle Spendenbox auf Facebook! Sie können Ihre Facebook-Freund*innen einladen, für FIAN zu spenden. Einfach über den „Spenden“-Button auf der FIAN-Facebookseite eine Sammlung starten und teilen: www.facebook.com/FIANOesterreich/

Ihre FIAN-Spende ist steuerlich absetzbar. Bitte geben Sie hierfür bei Ihrer Spende Name, Geburtsdatum und Adresse an oder melden Sie sich unter office@fian.at. Herzlichen Dank!



EDITORIAL

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

das derzeitige Weltgeschehen macht fassungslos. Die Situation in der Ukraine zeigt die Gräueltaten des Krieges in erschreckendem Ausmaß auf. Gleichzeitig offenbart der russische Angriffskrieg die Verwundbarkeit eines Ernährungssystems, das von Konzernen dominiert wird und in der Produktion auf Pestizide und chemische Dünger setzt.

Der Schwerpunkt der aktuellen Ausgabe widmet sich den Schäden durch weltweiten Pestizideinsatz und zeigt auf, dass ein zukunftsfähiges Ernährungssystem auf agrarökologischen Lösungen basieren muss, um für die großen Krisen unserer Zeit gewappnet zu sein.

Zudem informieren wir über die Auswirkungen der steigenden Lebensmittelpreise in Österreich und dem Globalen Süden und geben Einblick in neue Entwicklungen in unserer Fallarbeit. Zehn Jahre nach Verabschiedung der UN-Landleitlinien ziehen wir außerdem Bilanz zum aktuellen Stand von Land Grabbing. So viel sei vorab verraten: Es ist nach wie vor notwendig, an die Staatengemeinschaft zu appellieren, endlich ihrer Verpflichtung zur Verwirklichung des Rechts auf Land nachkommen.

Abschließend möchten wir Sie auf eine Gelegenheit hinweisen, mit uns für ein pestizidfreies Ernährungssystem aktiv zu werden:

- Unterzeichnen Sie die Petition gegen die „toxische Allianz“ von CropLife und der FAO (Details finden Sie auf Seite 17).

Vielen Dank!

Ich wünsche eine spannende Lektüre!

Lukas Schmidt, Geschäftsleiter FIAN Österreich

THEMA

- 2 *Pestizide: Erhöhte Gefahren für den Globalen Süden*
- 4 *Mit kleinbäuerlichen Saatgutssystemen zu pestizidfreier Ernährung*
- 6 *Brasilien: Einsatz von Pestiziden explodiert*
- 8 *Interview: Von konventioneller Produktion zu biologischem Anbau. Ein Umstellungsprozess*
- 10 *Pestizidfreie Ernährungssysteme: Wandel von unten*

ÖSTERREICH

- 11 *Eine Existenzsicherung, die vor Armut schützt, ist dringend notwendig!*

WELTWEIT

- 12 *Lebensmittelpreise: Der Krieg tobt nicht nur in der Ukraine, sondern auch auf den Tellern*
- 14 *Das Land denen, die es bearbeiten!*
- 15 *Kaweri-Fall: Uganda muss CEDAW-Empfehlungen einhalten*

VERANSTALTUNGSBERICHTE

- 16 *Hunger.Macht.Profite.11*
- 16 *Soziale Grundrechte in die Verfassung?*

PESTIZIDE IM GLOBALEN SÜDEN

PESTIZIDE: ERHÖHTE GEFAHREN FÜR DEN GLOBALEN SÜDEN

Die Welt der Pestizide hat sich verändert, aber sie sind nicht verschwunden – im Gegenteil: Laut Welternährungsorganisation (FAO) werden heute über vier Mio. Tonnen pro Jahr ausgebracht – 80 Prozent mehr als noch vor 30 Jahren. Doch diese Steigerung ist nicht gleichmäßig verteilt. Während die Menge in Europa nahezu unverändert blieb, stieg sie in Südamerika um mehr als das Fünffache. Afrika, das derzeit von der Pestizidindustrie „erschlossen“ wird, verzeichnet eine 70-prozentige Steigerung seit 1990. Dabei wird es voraussichtlich nicht bleiben: Laut Prognosen sind Afrika und Südamerika die Regionen mit den auch zukünftig am stärksten wachsenden Pestizidmärkten. Vor dem Hintergrund der massiven Belastung von Mensch, Natur und Umwelt ist diese Entwicklung besorgniserregend.

Nach zähen Verhandlungen traten vor 17 Jahren zwei internationale Abkommen in Kraft, um bestimmte gefährliche Pestizide strenger zu reglementieren (s.u.). Diese befassen sich aber – bildlich gesprochen – nur mit der Spitze des Eisbergs. Die meisten chlororganischen Insektizide verschwanden dank eines dieser Abkommen inzwischen weltweit vom Markt. Die Umwelt belasten sie aufgrund ihrer Langlebigkeit aber weiterhin. Zugleich wurde der Einsatz von Herbiziden, allen voran Glyphosat, massiv ausgeweitet. Das ist u.a. der Einführung gentechnisch veränderter Sorten geschuldet. Heute sind die gigantischen Flächen mit Glyphosat-resistenter Soja in Südamerika wohl das bekannteste Beispiel.

Während in der EU die Ausbringung von Pestiziden mit Luftfahrzeugen im Jahr 2009 (mit restriktiven Ausnahmen) endlich verboten wurde, weil sie „insbesondere durch die Abdrift signifikante nachteilige Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt haben“ kann (Richtlinie 2009/128/EG), ist es in Argentinien und Brasilien nur einzelnen Gemeinden per Gerichtsbeschluss gelungen, ein solches Verbot zumindest lokal zu erreichen. Der UN Sonderberichterstatter für chemische Substanzen und Menschenrechte, Baskut Tuncak, bestätigte nach seinem Besuch Brasiliens Ende 2019, dass Gemeinden regelmäßig aus der Luft versprühten Pestiziden ausgesetzt sind. Selbst unter den vergleichsweise besseren Gesundheitsschutz-Bedingungen der USA wurde das Versprühen mit Flugzeugen oder Hubschraubern als die häufigste Ursache für akute Vergiftungen identifiziert.¹

385 Mio. Vergiftungen jährlich

Pestizidvergiftungen sind nach wie vor ein gravierendes Problem. Eine im vorigen Jahr publizierte globale Übersicht dokumentiert, dass es weltweit jährlich zu 385 Millionen akuten, unbeabsichtigten Vergiftungen kommt, gegenüber geschätzten 25 Mio. Fällen in der Zeit vor 1990.² Der dramatische Anstieg in den letzten drei Jahrzehnten dürfte u.a. an einer

starken Unterschätzung der Zahlen zum früheren Zeitpunkt liegen und an dem Anstieg der ausgebrachten Pestizidmenge. Betroffen ist vor allem die ländliche Bevölkerung, und zwar fast ausschließlich im globalen Süden. Das wiederum ist der Tatsache geschuldet, dass sich der Anstieg der Pestizidmenge auf Weltregionen konzentrierte, wo Schutzmaßnahmen (Schutzkleidung, sachgerechte Lagerung), Kenntnisse zum Umgang mit Pestiziden sowie die klimatischen Voraussetzungen, die das Tragen von Schutzkleidung überhaupt erträglich machen, häufig fehlen. In bestimmten Regionen treten Vergiftungen so häufig auf, dass akute Symptome (Kopfschmerzen, Übelkeit) nach der Feldarbeit von den Betroffenen als „normal“ angesehen werden.³ Ein entscheidender Faktor für die hohen Vergiftungsraten im Globalen Süden ist auch, dass von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) als akut extrem bzw. hoch giftig eingestufte Pestizide, die in der EU längst verboten sind, im globalen Süden nach wie vor vermarktet werden, darunter Parathion, Methomyl und Methamidophos. Die weit verbreiteten akuten Pestizidvergiftungen sind zugleich Indiz für eine subtile Dauerbelastung der Bevölkerung im globalen Süden, die deutlich höher liegen dürfte als in Europa. Die Konsequenz ist das gehäufte Auftreten chronischer Erkrankungen. Forschungsergebnisse aus Brasilien zeigen, dass es im Zusammenhang mit der Pestizidbelastung vermehrt zu angeborenen Missbildungen, verschiedenen Krebsarten und Entwicklungsstörungen kommt. Parkinson durch Paraquat und eine Beeinträchtigung der Intelligenz bei Kindern durch Chlorpyrifos sind nur zwei Beispiele. Beide Wirkstoffe sind in der EU verboten.

Unzureichende Regulierung

Mit dem Zweck, Mensch und Umwelt vor unerwünschten Auswirkungen des Pestizideinsatzes zu schützen und die Lebensmittelsicherheit zu gewährleisten, wurde 1985 der Internationale Verhaltenskodex für Pestizidmanagement ins Leben gerufen.



Ausbringung per Flugzeug
© Leonardo Melgarejo / UCCSNAL

Der Kodex wird von FAO und WHO getragen und wurde im Laufe der Jahre mehrmals überarbeitet. Er richtet sich insbesondere an Regierungen und Hersteller. Demnach soll die Industrie u.a. ein aktives Interesse an der Nachverfolgung ihrer Produkte bis zum Endverbraucher entfalten und weniger giftige Wirkstoffe verfügbar machen. Für zahlreiche Staaten war und ist der Kodex Leitlinie für ihre Pestizidgesetzgebung. Dass viele der Vorgaben nicht umgesetzt sind, weist auf die große Schwäche des Leitdokuments hin: seine Freiwilligkeit. Aus dem Kodex ist das 1998 verabschiedete Rotterdamer Übereinkommen hervorgegangen, das den Handel mit bestimmten besonders gefährlichen Pestiziden und anderen Chemikalien strenger reglementiert (aber nicht verbietet). Dort gelistete (Agrar-)Chemikalien dürfen nur dann in einen Drittstaat exportiert werden, wenn das importierende Land über die Gefährlichkeit des Stoffs informiert wurde und ausdrücklich die Einfuhr erlaubt hat. Bindende Handels- und Produktionsverbote hingegen spricht das 2004 verabschiedete Stockholmer Übereinkommen über persistente organische Schadstoffe (POPs) aus. Die hierin gelisteten Schadstoffe unterliegen einem völkerrechtlich verpflichtenden Verbot oder zumindest strengen Anwendungsbeschränkungen und betreffen neben Industriechemikalien derzeit 16 Pestizidwirkstoffe. Die Aufnahme neuer Schadstoffe in die Listen der beiden Übereinkommen wurde oft vom wirtschaftlich motivierten Widerstand einzelner Staaten behindert. So sind bislang weltweit weniger als 4% aller auf dem Markt befindlichen Pestizide über eine verbindliche Konvention reguliert.

Menschenrechtliche Konsequenzen

Dass gefährliche Pestizide katastrophale Auswirkungen auf die Umwelt, die menschliche Gesundheit und Gesellschaften haben und für bestimmte Gruppen ein erhöhtes Risiko für Menschenrechtsverletzungen vorläge, mahnte Hilal Elver,

damalige UN-Sonderberichterstatterin für das Recht auf Nahrung, 2017 an. Die Richtigkeit ihrer Einschätzung wurde im August 2019 vom UN-Menschenrechtsausschuss bestätigt, der Paraguay für Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit großflächigen Sprühungen von Sojafeldern verantwortlich machte (FIAN hat die Betroffenen in dem Verfahren unterstützt). Seit Jahren werden auch aus Brasilien schwere Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit dem weit verbreiteten Einsatz von Pestiziden berichtet. Baskut Tuncak, vormaliger UN-Sonderberichterstatter für Chemikalien und Menschenrechte, beklagte ähnliche Verhältnisse nach seinem Besuch in Brasilien. Sein Nachfolger Marcos Orellana ermahnte Anfang dieses Jahres Deutschland in einem offenen Brief, seine Menschenrechtsverpflichtungen wahrzunehmen und den Export von Pestiziden einzustellen, die in der EU verboten sind. Orellana stellte klar, dass diese Exporte die Umweltgerechtigkeit verschärfen und somit diskriminierende Praktiken darstellen. Er unterstütze die Forderung von PAN Germany und dem Inkota Netzwerk für eine entsprechende gesetzliche Regelung, die von 58 Organisationen der Zivilgesellschaft und mehr als 177.000 Privatpersonen mitgetragen wird.

Hochgefährliche Pestizide (highly hazardous pesticides, HHPs) – also Pestizide, die in besonderer Weise die menschliche Gesundheit akut und chronisch schädigen können und für die Umwelt besonders gefährlich sind – müssen weltweit endlich aus dem Verkehr gezogen werden. Auch die FAO bestätigte, dass ein „Weitermachen wie bisher“ keine Option sei, um die Welternährung sicherzustellen. Sie hat Agrarökologie als geeigneten Weg zur Erreichung einer globalen Ernährungssouveränität anerkannt. Organisationen der Zivilgesellschaft sehen allerdings das notwendige Engagement zum HHP-Ausstieg und für eine agrarökologische Wende durch die jüngst angekündigte – und unter anderem von PAN International und FIAN kritisierte – Partnerschaft der FAO mit CropLife, dem Dachverband der Pestizidhersteller, gefährdet.

Dr. Peter Clausing ist Toxikologe, Susan Haffmans ist Agrar-ingenieurin und Referentin für Pestizide. Beide arbeiten bei PAN Germany.

¹ Bickel (2018): Uso de plaguicidas por productores familiares en Bolivia.

² Boedeker et al. (2020): The global distribution of acute unintentional pesticide poisoning: estimations based on a systematic review. BMC Public Health 20, 1875.

³ Lee et al. (2011): Acute Pesticide Illnesses Associated with Off-Target Pesticide Drift from Agricultural Applications: 11 States, 1998–2006.



SAATGUT

© FIAN International

MIT KLEINBÄUERLICHEN SAATGUTSYSTEMEN ZU PESTIZIDFREIER ERNÄHRUNG

Saatgut, das seit Generationen von Kleinbäuer*innen und indigenen Völkern angebaut wird, wird durch Gesetze zum geistigen Eigentum und Biotechnologie angegriffen. Diese zielen darauf ab, die Kontrolle der Agrochemie-Konzerne über unsere Ernährung auszuweiten.

Der Schutz und die Förderung der Saatgutssysteme von Kleinbäuer*innen und indigenen Völkern sind unerlässlich, um das Menschenrecht auf Nahrung zu wahren und die weltweit rapide abnehmende Artenvielfalt zu schützen. Über Jahrtausende hinweg haben Bäuer*innen und Indigene jene Pflanzen und Sorten entwickelt, die auch heute noch den größten Teil der Welt ernähren. Konzerne hingegen sind primär an Profit interessiert, nicht an der Verwirklichung des Rechts auf Nahrung oder am Erhalt der Biodiversität.

Traditionelle Saatgutssysteme sind existenziellen Bedrohungen ausgesetzt, wenn Unternehmen geistige Eigentumsrechte an Saatgut erwerben. Dies schränkt das Recht der Kleinbäuer*innen und indigenen Völker ein, ihr Saatgut zu bewahren, zu verwenden, auszutauschen und zu verkaufen. Die Kontamination durch gentechnisch veränderte Organismen (GVO) und die unrechtmäßige Aneignung und Ausbeutung traditionellen Saatguts durch Patentierung genetischer Sequenzen unterminieren die bäuerlichen Saatgutssysteme ebenso wie das schnelle Wachstum von Pestiziden – oft in Verbindung mit einer groß angelegten Förderung von Hybridsaatgut und GMO.

Pestizid-Konzerne dominieren Saatgutmarkt

Trotz der massiven Schäden an Mensch und Natur ist der Einsatz von Pestiziden in den letzten Jahrzehnten auf geschätzte 3,5 Millionen Tonnen im Jahr 2020 gestiegen.¹ Nur vier Agrochemieunternehmen – Bayer-Monsanto, DowDuPont/Corteva, ChemChina-Syngenta und BASF – kontrollieren mehr als die Hälfte des weltweiten Saatgutmarktes und zugleich drei Viertel des weltweiten Pestizidmarktes. Bestimmungen zum geistigen Eigentum haben massiv dazu beigetragen, ihre Dominanz über Saatgut und Nahrungsmittelsysteme im Allgemeinen zu festigen. Statt die weitere Monopolisierung zu fördern, sollten die Regierungen die Wiederherstellung und den Schutz bäuerlicher Saatgutssysteme unterstützen, die auf langjährigem Wissen und bäuerlicher Innovation aufbauen.

Auch der UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, Michael Fakhri, betont in einem bahnbrechenden Bericht über Saatgut und Bäuer*innenrechte, dass der Zugang zu und die Kontrolle über Saatgut entscheidend für die Verwirklichung des Rechts auf Nahrung und damit des Rechts auf Leben sind. Bäuerliches und indigenes Saatgut spielt eine zentrale

Rolle, wenn es darum geht, Menschen ein würdevolles Leben zu ermöglichen, sich direkt von produktivem Land zu ernähren und Widerstandsfähigkeit gegenüber den vielfältigen Herausforderungen der Umweltzerstörung, des Klimawandels, der nicht nachhaltigen Entwicklung und der Übernahme von Nahrungssystemen durch Konzerne zu entwickeln.²

Frauen halten Großteil des Wissens über Saatgut

Oft sind es Frauen, die das Saatgut ihrer Gemeinschaft verwalten, was sie zu Bewahrerinnen der Biodiversität macht.³ So liefern beispielsweise Millionen von Kleinbäuer*innen in Afrika südlich der Sahara, von denen die meisten Frauen sind, immer noch 80 bis 90 Prozent des gesamten in Afrika angebauten Saatguts. Diese Frauen kümmern sich um die Saatgutvielfalt, -konservierung und -verwendung, einschließlich der Auswahl und Lagerung des Saatguts und der Entscheidung, welche Sorten gepflanzt werden sollen und wann und wie viel je nach Wetterlage ausgesät werden soll. Wer also den Zugang zu Saatgut einschränkt, untergräbt damit auch Frauenrechte. Die Regierungspolitik vieler afrikanischer Länder sowie die Handels- und Entwicklungspolitik europäischer Staaten fördert Hybridsaatgut, das mit kostspieligen jährlichen Anschaffungen verbunden ist, zusammen mit synthetischen Düngemitteln und Pestiziden. Dies drängt Kleinbäuer*innen häufig in eine nicht nachhaltige Nahrungsmittelproduktion. Doch in etlichen afrikanischen Gemeinschaften sind es insbesondere Frauen, die den konzerndominierten Modellen trotzen und die Kontrolle über ihr Saatgut zurückgewinnen.

Benin: Traditionelle Nutzpflanzen verbessern Ernährung

In den vergangenen Jahren hat die Regierungspolitik in Benin Anreize für die Kleinbäuer*innen geschaffen, auf die Produktion von kommerziellen Pflanzen wie Mais statt auf traditionelle Nutzpflanzen umzusteigen, was zu erhöhter Ernährungsunsicherheit und Unterernährung beigetragen hat. Viele Familien mussten jedes Jahr ihr Saatgut sowie chemische Düngemittel und Pestizide kaufen, die für den Anbau der ertragreichen Hybridsorten notwendig sind. Die Bemühungen, bäuerliche Saatgutssysteme zurückzugewinnen, verbesserten hingegen nachweislich die Lebensgrundlagen der Bäuer*innen in einem abgelegenen nördlichen Gebiet Benins.⁴ Die Organisation Rurale pour une Agriculture Durable (ORAD) hat die Dorfbewohner*innen von Tora dabei unterstützt, ihr bäuerliches Saatgut aus traditionellen Feldfrüchten wie Sorghumhirse und Kuherbse zu gewinnen. Dieses Saatgut kann jedes Jahr neu gesät und ständig an sich ändernde Bedingungen angepasst werden, was im Zusammenhang mit den Auswirkungen der Klimakrise immer wichtiger wird. Die meisten Dorfbewohner*innen sind Kleinbäuer*innen. Die Auswahl und Vermehrung ihres Saatguts macht Familien unabhängiger, da sie nicht mehr jedes Jahr Saatgut kaufen müssen. Am wichtigsten ist, dass die kleinbäuerliche Gewinnung von Samen der traditionellen lokalen Feldfrüchte für ausreichend Nahrung

und eine verbesserte Ernährung für die Familien von Tora gesorgt hat. ORAD und Gemeinden haben auch einen Dialog mit Bürgermeister*innen und anderen lokalen Behörden initiiert, um sie auf die Vorteile bäuerlicher Saatgutssysteme für das Recht auf Nahrung und die ländliche Entwicklung aufmerksam zu machen. Das Gespräch mit den Behörden ist für die Kleinbäuer*innen vor Ort auch wegen einer neuen Bedrohung wichtig: Benins Nachbarland Nigeria hat kürzlich Feldversuche mit gentechnisch veränderten Langbohnen genehmigt. Dies hat zu ernsthaften Bedenken geführt, dass gentechnisch verändertes Saatgut die Grenze überschreitet und die Felder und das Saatgut ländlicher Gemeinden kontaminieren könnte.

Bäuerliche Saatgutssysteme schützen – Pestizide abschaffen

Bäuerliche Saatgutssysteme sind ein Schlüsselement zur Verwirklichung des Rechts auf Nahrung und bieten auch Lösungen für einige der größten Herausforderungen, vor denen die Welt heute steht. Sie bilden die Grundlage für nachhaltige, agrarökologische Anbaumethoden, die Biodiversität erhalten, für eine gesunde und abwechslungsreiche Ernährung sorgen und besser an die Auswirkungen der Klimakrise angepasst sind.

FIAN fordert daher die österreichische Regierung und die EU auf, mehr zum Schutz der kleinbäuerlichen Saatgutssysteme und indigener Völker zu tun. Staaten sind menschenrechtlich verpflichtet, dass alle Gesetze zum Schutz des geistigen Eigentums, Zertifizierungssysteme, Saatgutvermarktungsgesetze und Biotechnologierichtlinien die Rechte, Bedürfnisse und Realitäten von Kleinbäuer*innen und indigenen Völkern respektieren. Schließlich sollten die Staaten Maßnahmen ergreifen, um Lebensmittelsysteme auf Agrarökologie umzustellen, einschließlich der schrittweisen Abschaffung aller Pestizide mit bekannten schädlichen Auswirkungen auf die Gesundheit von Mensch, Umwelt und Ökosystem, beginnend mit einem Verbot hochgefährlicher Pestizide.

*Tina Wirnsberger ist Referentin für Klima, Frauen und Kleinbäuer*innenrechte bei FIAN Österreich.*

1 https://www.researchgate.net/publication/336686924_Worldwide_pesticide_usage_and_its_impacts_on_ecosystem

2 <https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/G21/397/86/PDFG2139786.pdf?OpenElement>

3 Carlo Fadda, "The farmer's role in creating new genetic diversity", in Farmers' Crop Varieties and Farmers' Rights: Challenges in Taxonomy and Law, Michael Halewood, ed. (London, Routledge, 2016)

4 <https://www.fian.org/en/news/article/benin-rural-communities-recover-peasant-seeds-to-improve-nutrition-and-livelihoods-2921>

PESTIZIDE IM GLOBALEN SÜDEN

BRASILILIEN:
EINSATZ VON PESTIZIDEN EXPLODIERT

Brasilien gehört zu den Ländern mit dem höchsten Pestizideinsatz weltweit. Im Jahr 2018 wurde ein Umsatz von 10,8 Milliarden US-Dollar verzeichnet, 20 Prozent mehr als im Vorjahr.¹ Verantwortlich für dieses überproportionale Wachstum ist das seit Ende der 1990er Jahre verstärkte verfolgte industrielle Agrarmodell, welches auf dem intensiven Einsatz von Pestiziden, chemischen Düngemitteln und gentechnisch verändertem Saatgut basiert.

Die Zunahme des Einsatzes von Pestiziden und die Verwendung von gentechnisch verändertem Saatgut sind eng miteinander verknüpft: Gen-Saatgut ist zumeist gegen ein oder mehrere Pestizide resistent – das bedeutet, die Ackergifte wirken nicht auf die Nutzpflanze, sondern nur auf „Unkräuter“ und können großflächig eingesetzt werden. Genmanipuliertes Saatgut wird meist vom gleichen Hersteller im Kombipack mit den zugehörigen Pestiziden verkauft.

Zwischen 2000 und 2018 hat sich der Pestizidverbrauch in Brasilien mehr als verdreifacht, von 162.000 auf rund 549.000 Tonnen. Nach der Wahl des rechtsextremen Präsidenten Jair Bolsonaro im Januar 2019 wurden die Hürden für die Zulassung noch einmal deutlich abgesenkt. Bolsonaro hat schon jetzt mehr Pestizide zugelassen als jede Regierung zuvor in einem vergleichbaren Zeitraum. Fast ein Drittel der mehr als 3.000 Pestizide, die in Brasilien vermarktet werden, erhielt in den vergangenen zwei Jahren eine Zulassung. Seit der Ernennung von Tereza Cristina Correa, der ehemaligen Vorsitzenden der parlamentarischen Gruppierung für die Interessen der Agrarindustrie (bancada ruralista) zur Landwirtschaftsministerin wurden 967 Wirkstoffe zugelassen. Allein im Jahr 2020 waren es 493, darunter zahlreiche Produkte, die in der EU verboten sind.²

Hinzu kommt das sogenannte „Giftpaket“, ein Gesetzentwurf, der seit mehreren Jahren in der Diskussion steht und unter anderem die Ersetzung des Wortes „agrotisch“ durch „phytosanitär“ beinhaltet. Dieses sieht vor, die bestehenden Kontrollen zu lockern und Zulassungen künftig vom Landwirtschaftsministerium und nicht mehr durch das Gesundheitsministerium erteilen zu lassen. Zudem wurden eine Reihe weiterer Reformen in Kraft gesetzt, um den Einsatz von Pestiziden zu vereinfachen. So hat das brasilianische Gesundheitsamt Anvisa 2019 neue Kriterien für die Bewertung, Klassifizierung und toxikologische Kennzeichnung von Agrargiften eingeführt. Mehr als 600 extrem giftige Pestizide wurden daraufhin in niedrigere Kategorien zurückgestuft; zum Beispiel wurden 93 Produkte auf Glyphosatbasis als Produkte mit reduziertem Risiko klassifiziert.^{3,4}



Hoher Pestizideinsatz beim Anbau von Zuckerrohr
© FIAN International

Auswirkungen auf Menschen- und Umweltrechte

Pestizide können über Jahrzehnte in der Umwelt verbleiben. Neben der Schädigung der Ökosysteme gefährdet dies oftmals die Gesundheit. So hat die brasilianische Wasserbehörde Sisagua bei Untersuchungen des Grundwassers der Stadt Caarapó zwischen 2014 und 2017 mehrere Wirkstoffe nachgewiesen, die in Zusammenhang mit schweren Erkrankungen stehen.⁵

Zwischen 2009 und 2019 wurden in Brasilien offiziell 48.150 Pestizidvergiftungen registriert, darunter 8.514 Kinder und Jugendliche. Expert*innen zufolge liegt die tatsächliche Zahl jedoch bei rund 2,4 Millionen Fällen. Etwa jedes fünfzigste Kind und Jugendliche ist betroffen.⁶

Im Mai 2019 wurde nach Angaben des katholischen Indigenen-Missionsrats CIMI das von Guarani-Kaiowá bewohnte Dorf Guyraroká (Mato Grosso do Sul) von einer Pestizidwolke aus einer benachbarten Farm überzogen. Sechs Kinder mussten mit Vergiftungen im Krankenhaus behandelt werden. Tiere starben auf den Feldern. Giftiger Staub verseuchte die Felder, auf denen die Gemeinde ihre Lebensmittel anbaut.

Oft wird der Einsatz von Pestiziden auch direkt zur Vertreibung indigener oder bäuerlicher Gemeinden eingesetzt, so wie im Fall von 340 Familien der indigenen Gemeinde Tey'i Jusu 2018 im Bundesstaat Pará. Zwei Jahre später ordnete ein Gericht eine Entschädigung für die Betroffenen an.

Doppelstandards

Der hohe Pestizideinsatz kann Krebs, Atemwegs- und Hauterkrankungen, Fehlgeburten und Fehlbildungen verursachen. Darüber hinaus stellt der Einsatz von Pestiziden in mehrerer Hinsicht eine Verletzung des Rechts auf Nahrung dar: Zum einen verlieren Gemeinden durch Vertreibungen den Zugang zu Nahrung oder zu den Mitteln zu deren Beschaffung. Zum anderen weisen Nahrungsmittel und insbesondere Wasser häufig gesundheitsschädliche Belastungen auf. Zudem führen der Vormarsch des Agrobusiness und der omnipräsente Einsatz von Pestiziden zu verstärkter Kriminalisierung. So gelang der Parlamentariergruppe der „bancada ruralista“ die Verabschiedung gesetzlicher Maßnahmen zur Begrenzung von Protesten gegen Pestizide. Schon zuvor gehörte Brasilien zu den gefährlichsten Ländern für Menschen- und Umweltschutzrechtsverteidiger*innen weltweit.

Der brasilianische Staat ist jedoch nicht allein für diese Situation verantwortlich. Auch die EU und große pestizidproduzierende Länder wie Deutschland tragen Verantwortung. Zwar sieht die 2019 verabschiedete EU-Pestizidverordnung ein Verbot bestimmter Wirkstoffe aufgrund ihrer Gefährlichkeit für die menschliche Gesundheit und die Umwelt vor. Allerdings gibt es bislang auf europäischer Ebene keine verbindlichen Regeln, die den Export solcher Giftstoffe verhindern. Pestizide, die in der EU nicht verwendet werden dürfen, können trotzdem in der EU hergestellt und exportiert werden. Alleine Bayer und BASF verkaufen in Südamerika jeweils mindestens zwölf Wirkstoffe ohne EU-Genehmigung.⁷

Deutschland als Heimat großer Agrarchemiekonzerne verfehlt somit die Einhaltung seiner extraterritorialen Staatenpflichten. Dabei könnte das Landwirtschaftsministerium (BMEL) gemäß Pflanzenschutzmittelgesetz (§ 25, 3) per Verordnung den Export von Pestiziden in Länder außerhalb der EU verbieten, wenn dies dem Schutz von Menschen oder Natur dient.

Alternativen zum Pestizideinsatz

Die Agrarindustrie rechtfertigt den exorbitanten Einsatz von Pestiziden zynischerweise mit der Notwendigkeit, mehr Nahrungsmittel für die Bekämpfung des Hungers zu produzieren. Dabei produziert die Welt schon heute doppelt so viele Nahrungsmittel wie zur Ernährung der Weltbevölkerung erforderlich wären. Zudem werden besonders viele Agrargifte für den Anbau von Soja, Mais oder Zuckerrohr verwendet – also Pflanzen, die nicht direkt oder gar nicht der Ernährung dienen. Prinzipiell lassen sich auch ohne Pestizide genügend Lebensmittel produzieren. Unter Berücksichtigung der Ernährungssouveränität als einem zentralen Bestandteil des Menschenrechts auf Nahrung sollte Brasilien daher menschenrechtsbasierte gesetzliche Rahmenbedingungen schaffen, die Agrarökologie fördern, den Einsatz von Pestiziden drastisch begrenzen und die am meisten gefährdeten



Pestizide im Obstanbau
© Seleção J Zinclar

Gruppen, vor allem kleinbäuerliche und indigene Gemeinden, schützen. Zudem ist die Abschaffung von Doppelstandards im Pestizidhandel dringend geboten. Während Länder wie Frankreich und die Schweiz erste Schritte unternommen haben, um den Export von in Europa verbotenen Stoffen zu untersagen, verzögert Deutschland entsprechende Maßnahmen. Als ersten Schritt muss die Bundesregierung vollständige Transparenz gewährleisten, welche Pestizide von Deutschland aus in welche Länder exportiert werden – dies wird seit Jahrzehnten mit Hinweis auf angebliche „Geschäftsgeheimnisse“ verweigert. Zudem benötigen wir eine wirksame Regulierung, welche die Bevölkerung im Globalen Süden schützt. Hierzu zählt vor allem ein Exportverbot für Pestizide, die in der EU verboten sind. Der Schutz der Gesundheit und der Menschenrechte muss vor Unternehmensinteressen stehen.

Almudena Abascal ist Referentin für Lateinamerika bei FIAN Deutschland

1 Gefährliche Pestizide von Bayer und BASF – ein globales Geschäft mit Doppelstandards (Hg: Misereor, Inkota, Rosa Luxemburg Stiftung u.a.)

2 Repórter Brasil, <https://reporterbrasil.org.br/2021/01/bolsonaro-bate-o-proprio-recorde-2020-e-o-ano-com-maior-aprovacao-de-agrotoxicos-da-historia>

3 <https://g1.globo.com/economia/agronegocios/noticia/2019/08/02/anvisa-reclassifica-mais-de-1900-agrotoxicos-e-tira-600-produtos-dos-rotulos-de-maior-risco.ghtml>

4 <https://apublica.org/2019/10/glifosato-deixa-de-ser-considerado-extremamente-toxico-apos-mudanca-da-anvisa/#Link1>

5 Gefährliche Pestizide von Bayer und BASF – ein globales Geschäft mit Doppelstandards (Hg: Misereor, Inkota, Rosa Luxemburg Stiftung u.a.)

6 Bombardi, L. (2020): The use of pesticides in Brazil: environment and childhood under attack. Vortrag am 29. September 2020: www.pan-europe.info/sites/pan-europe.info/files/Larissa_Bombardi_Presentation_29-09-20.pdf

7 Gefährliche Pestizide von Bayer und BASF – ein globales Geschäft mit Doppelstandards (Hg: Misereor, Inkota, Rosa Luxemburg Stiftung u.a.)



INTERVIEW

© Sandra Tauscher

VON KONVENTIONELLER PRODUKTION ZU BIOLOGISCHEM ANBAU. EIN UMSTELLUNGSPROZESS

Im Jahr 2020 wurden 22,7% der österreichischen Betriebe biologisch bewirtschaftet. Wie funktioniert eine Umstellung von konventioneller Produktion zu Bio und wie betreibt man biologischen Anbau?

2003 begann Elmar Fischer-Neuberger in der Landwirtschaft zu arbeiten und ist seit 2016 offizieller Biobauer. Zusätzlich zu seinem Biobetrieb, in dem er Obst anbaut, hat er vor kurzem eine Apfelanlage gekauft und stellt diese auch auf Bio um. Insgesamt vier Jahre dauert diese Umstellungsphase. Im Interview erzählt Elmar Fischer-Neuberger, warum er sich dafür entschieden hat, auf biologischen Anbau zu spezialisieren, und wie er das macht.

Warum hast du dich dazu entschlossen, nur mehr biologisch zu produzieren?

Ich möchte Lebensmittel essen und nicht irgendwelche zusätzlichen Substanzen, wo ich mir dann Gedanken machen muss. Und so möchte ich auch Lebensmittel produzieren. Ich will Bio produzieren und möchte es gar nicht mehr anders machen.

Wie hat die Umstellung deiner neuen Apfelanlage begonnen, und wie bewirtschaftest du nun das Ganze?

Ich habe eine konventionelle Obstplantage mit 70 Hektar gepachtet und gleich die Umstellung bei der Zertifizierungs-

stelle angemeldet. Ohne diese offizielle Ummeldung kann ich den Status nicht erreichen, weil ich gewisse Richtlinien befolgen muss. Die Umstellungsphase dauert dann vier Jahre. Die Anlage wird jetzt nur mehr biologisch bewirtschaftet. Das heißt, ich nehme Biopflanzenschutzmittel, mit natürlicher Herkunft und keine chemisch-synthetischen Mittel. Ich benütze beispielsweise Schwefel gegen Mehltau, Backpulver gegen Pilze und Nützlinge wie Marienkäfer, die die Läuse oder andere Schädlinge fressen.

Funktioniert das mit diesen natürlichen Schutzmitteln sofort?

Ich kann nicht kurativ arbeiten, das bedeutet, dass ich vorher schauen muss, dass ich dem Boden und der Pflanze gebe, was sie brauchen. Das bedeutet viel Einpendeln, um eine Balance halten. Mit guter Durchwurzelung, Belüftung und viel Bodenlebewesen, kann die Pflanze nehmen, was sie braucht und zusätzlich sind ja auch die Nützlinge da, um die Schädlinge zu bekämpfen. Ich vergleiche den Boden immer mit der Darmflora, deshalb schaue ich, dass ich nicht zu viel Nahrung

gebe und auch, dass ich die Nützlingspopulationen aufbaue. Der Schaden wird so minimiert, es gibt aber keinen totalen Ausfall. Ich habe auf diese Weise nicht so hohe Erträge, weil ich einen Teil meiner Ernte „mit meiner Umwelt teile.“

Du hast vorhin erwähnt, dass der Umstellungsprozess vier Jahre dauert. Warum dauert das so lange?

Das ist die Zeit, die die Erde und die Pflanzen brauchen, damit die Anlage frei von Rückständen durch konventionelles Pflanzenschutzmittel wird. Anders gesagt, damit die Schadstoffe der chemisch-synthetischen Mittel herauskommen. Übrigens geschieht dasselbe mit dem Obst, das wir essen, weil dieses die Substanzen von der Pflanze in sich trägt. Und bei Dauerkulturen dauert der Reinigungsprozess länger als bei Ackerkulturen, da dieselben Pflanzen am selben Standort in Kontakt mit diesen chemisch-synthetischen Mitteln sind.

In welchem Jahr der Umstellungsphase bist du?

Ich bin gerade im zweiten Jahr der Bewirtschaftung und im ersten Umstellungsjahr. Das heißt, das erste Jahr war konventionell, dann kommen zwei Umstellungsjahre und dann wird im vierten Jahr der Biostatus erreicht.

Sieht man schon Unterschiede nach dieser kurzen Zeit?

Um die Entwicklung zu beobachten, werden die Äpfel und alle anderen Obstsorten jährlich untersucht. Im ersten Jahr wurde zum Beispiel nachgewiesen, dass die Äpfel noch chemisch-synthetische Rückstände beinhalten. Deshalb darf ich sie auch nicht biologisch verkaufen. Man sieht aber auch, dass die Insekten nach dieser kurzen Zeit relativ schnell wieder zurückgekommen sind - dabei sind nicht nur Schädlinge, sondern auch vermehrt Marienkäfer.

Wie verkaufst du in dieser Zwischenzeit deine Produkte und wie wirkt sich das auf deine Gewinne aus?

Die gesetzliche Grundlage erlaubt, dass ich im Biomarkt verkaufen kann, was sehr wichtig ist. Ich muss es aber als Umstellungsware deklarieren. Es ist dezidiert keine Bio-Ware. Das ist sehr wichtig, damit die Kund*innen auch die Sicherheit haben. Bis zur Biophase habe ich auch keine Gewinne. Der konventionelle Apfelmarkt ist übersättigt, deshalb sind auch die Handelspreise unter dem Erzeugungspreis. Es ist halt diese Durststrecke, aber danach ist der Preis über den Kosten der Produktion.

Dieser ganze Prozess scheint sehr arbeitsintensiv zu sein. Warum ist es trotzdem so wichtig?

Um die Natur und das Klima zu schützen, brauchen wir den biologischen Anbau, und man muss auch sinnvoll wirtschaften. Das macht die Agroindustrie nicht, weil sie nicht auf die Ressourcen Acht gibt und die Biodiversität reduziert. Und gerade als Bauer muss ich meine Ressourcen schonend nutzen. Der Boden ist unsere Grundlage, er ist auch ein Wasser-

speicher, CO2 Speicher. Aber das kann nur ein intakter Boden machen - wenn wir ihn kaputt machen, haben wir nichts mehr zum Essen.

Was bräuchte es, um die Biolandwirtschaft zu fördern?

Der Unterricht ist sehr wichtig - in landwirtschaftlichen Schulen lernst du, wie viel Spritzmittel du benützen sollst, aber nicht wie du Biobauer wirst. Es kommt mehr und mehr, aber die Bioproduktion ist im Unterricht immer noch eine Randerscheinung. Auch die Beratung ist sehr wichtig. Als ich mit Bio begonnen habe, habe ich Kolleg*innen gefragt, die sich selbst in Bio eingearbeitet haben und viel Wissen mitbringen. Es gibt auch eine Unterstützung der Landwirtschaftskammern.

Welche Wünsche hast du im Zusammenhang mit Bioproduktion?

In Österreich ist leider nur ein geringer Prozent Bioanteil am Markt. Ich würde mir wünschen, dass Bio für alle zugänglich ist, dass es mehr unter die Leute gebracht wird. Allerdings muss auch die Kostenwahrheit dargestellt und hergestellt werden. Unsere Lebensmittel sind zu billig und wenn was billig ist, dann nehme ich jemandem was weg: der Natur, oder den Mitarbeiter*innen. Der biologische Anbau schützt unser Ökosystem und sollte deshalb auch gestärkt werden. Und das können Biobauer*innen einfach besser.

Das Interview führte Elisa Klein-Diaz, Referentin für Soziale Rechte in Österreich und Europa bei FIAN Österreich.



Elmar Fischer-Neuberger
© Xenia Trampusch

ERNÄHRUNGSSYSTEME

PESTIZIDFREIE ERNÄHRUNGSSYSTEME: WANDEL VON UNTEN

Die Vergiftung unseres Planeten durch Pestizide macht die Probleme des vorherrschenden Ernährungssystems deutlich: Menschenrechtsverletzungen, Zerstörung von Biodiversität, Machtungleichgewichte zwischen Konzernen und Kleinbäuer*innen sowie zwischen Nord und Süd. Aber die Alternativen sind da, und es wird hart für sie gekämpft. FIAN International hat nun in einer Studie nachhaltige Ernährungssysteme vorgestellt.

Auf internationaler Ebene gab es in den letzten Jahrzehnten einige Fortschritte bei der Regulierung von Pestiziden. Dennoch fällt nur ein Bruchteil der Wirkstoffe unter eine der bestehenden Konventionen; freiwillige Instrumente werden nicht stringent umgesetzt. Ein internationaler Vertrag zum Verbot von hochgefährlichen Pestiziden hat daher höchste Priorität.

Zugleich haben die Bemühungen auf lokaler Ebene besondere Relevanz: Menschen vernetzen sich dort tagtäglich, gehen vor Gericht oder beteiligen sich an der Entwicklung und Umsetzung von Gemeindeverordnungen, Förderprogrammen oder staatlicher Regulierung. Das Engagement lokaler sozialer Bewegungen ist daher der Schlüssel zum Erfolg. Wichtig hierbei ist die Zusammenarbeit mit Gemeindeverwaltungen sowie gute Kontakte zu den Medien und der Wissenschaft.

Ansätze für pestizidfreie Ernährungssysteme

Eine Strategie ist die Festlegung begrenzter Gebiete, oft auf Gemeindeebene, die als pestizidfrei oder sogar als agrarökologisch ausgewiesen werden. Ein weiterer Ansatzpunkt ist das Verbot einzelner Pestizide, meist auf nationaler Ebene. Um wirklich erfolgreich zu sein, muss dies alle Schritte umfassen, von der Produktion von Pestiziden über die Nutzung, Verteilung und den Verkauf – sonst verschieben sich die Probleme oftmals nur ins Nachbarland. Oft setzen sich lokale Gemeinschaften auch dafür ein, das Ausbringen von Pestiziden zu reglementieren, um sich vor Vergiftungen zu schützen. Dabei geht es zum Beispiel um das Verbot des Sprühens mit Flugzeugen oder das Festlegen von Mindestabständen von Pflanzungen zu Wohnhäusern und Schulen.

Bäuerliche und indigene Gemeinschaften praktizieren tagtäglich Alternativen, indem sie lokales Saatgut schützen, nach agrarökologischen Prinzipien anbauen, ihr Wissen mit anderen teilen oder alternative Versorgungsnetzwerke bilden. Ein weiterer Ansatz ist daher die Förderung eben jener nachhaltigen und sozial gerechten Modelle. Agrarökologie kann beispielsweise durch öffentliche Beschaffungsprogramme wie das Einkaufen von kleinbäuerlichen Produkten für Schulmen-

sen, durch die Unterstützung von Bauernmärkten und agrarökologischen Schulen sowie durch die Einführung von partizipativen Zertifizierungssystemen für die ökologische Produktion unterstützt werden.

Transformation muss auf Menschenrechten basieren

Die Erfahrungen im Übergang zu pestizidfreien Ernährungssystemen zeigen klar, dass ein menschenrechtlicher Ansatz notwendig ist, damit der Wandel zu Ernährungssouveränität führt. Nicht-partizipative, von oben geplante und umgesetzte Transformationsprozesse können sogar negative Auswirkungen haben, wenn beispielsweise lokale agrarökologische Praktiken zugunsten von exportorientierter ökologischer Landwirtschaft verdrängt werden.

Menschenrechtliche Instrumente sind dabei hilfreich für die Entwicklung von Argumentationslinien. FIAN setzt sich für die Umsetzung der UN-Kleinbäuer*innenerklärung (UNDROP) ein, die von zentraler Bedeutung ist, da hierin Staatenpflichten für den Übergang zu pestizidfreien Ernährungssystemen erläutert werden.

Die Bemühungen zum Pestizidausstieg ermöglichen das Zusammenkommen verschiedenster Gruppen, die von Pestiziden geschädigt werden: Landwirtschaftliche Arbeiter*innen, Bäuer*innen, Indigene, Konsument*innen, Umweltschützer*innen, medizinische Fachkräfte und viele mehr. Solche Bündnisse sind essenziell, daher unterstützt FIAN die Vernetzung von Akteuren. Denn es geht es um nichts weniger als die gesamtheitliche Transformation des Ernährungssystems: einen Wandel hin zu Selbstbestimmung, Vielfalt und dem Respekt vor der Natur.

Charlotte Dreger arbeitet bei FIAN International zu nachhaltigen Ernährungssystemen. Die Studie von FIAN sowie weiterführende Informationen sind auf Englisch, Französisch und Spanisch abrufbar:

www.fian.org/en/publication/article/transitioning-towards-pesticide-free-food-systems-peoples-struggles-and-imagination-2816

SOZIALE RECHTE IN ÖSTERREICH

EINE EXISTENZSICHERUNG, DIE VOR ARMUT SCHÜTZT, IST DRINGEND NOTWENDIG!

In Österreich waren 2021 17% der Bevölkerung armutsbetroffen, wovon fast ein Viertel Kinder sind. Angesichts der Teuerung von Nahrungsmitteln und Energie steigt die Nachfrage bei Sozialmärkten und anderen Ausgabestellen, wo Lebensmittel zu stark reduzierten Preisen oder umsonst verteilt werden. Ein Mittel, um Armut nachhaltig zu bekämpfen, sind sie jedoch nicht. Im Rahmen der 13. Armutskonferenz wies FIAN Österreich u.a. daraufhin, dass es Maßnahmen der öffentlichen Hand braucht, um die Existenzsicherung und somit auch das Recht auf Nahrung zu gewährleisten.

Noch vor zehn Jahren versorgte die Wiener Tafel rund 12.000 Menschen täglich mit Nahrungsmitteln in Wien. 2021 waren es schon 20.000. Die Wiener Tafel ist nur einer der Vereine, die die Ausgabe von Lebensmitteln organisiert. Eine jährliche Bilanz aller Ausgabestellen auf nationaler Ebene gibt es nicht. Dass in den letzten Monaten die Nachfrage seit Beginn der Pandemie wieder deutlich gestiegen ist, ist allerdings bereits bekannt. Der Grund dafür sind die Teuerungen bei Lebensmitteln, die laut Statistik Austria heuer, im Vergleich zum März des letzten Jahres, durchschnittlich um 5,8% gestiegen sind. Das ist vor allem bei Obst, Gemüse, Milch, Käse und Brot spürbar. Weitere Gründe sind die Teuerung von Energiekosten, hohe Mieten und die fehlenden oder nicht ausreichenden Sozialleistungen. Auch viele Menschen, die aus der Ukraine vor dem Krieg geflüchtet sind, sind auf diese Ausgabestellen angewiesen.

Sozialmärkte sind überlastet

Sozialmärkte aus verschiedenen Bundesländern berichten in den Medien über ihre Herausforderungen. Beispielsweise in Oberösterreich, wo es nicht genug Lebensmittel gibt, und diese rationiert werden, oder wo Menschen bis zu zwei Stunden auf der Straße warten müssen, um die vergünstigten Lebensmittel einkaufen zu können. Auch wenn die Preise stark reduziert sind (oftmals um 50% bis zu 90%), ist Obst und Gemüse im Vergleich zu gezuckerter Ware oder industriellen Produkten eher selten verfügbar.

Der Einkauf in Sozialmärkten stellt für viele Menschen eine Hürde dar. Viele fühlen sich stigmatisiert, weil dort fast nur Produkte verkauft werden, die aussortiert wurden. Außerdem können nur Personen, unter einer gewissen Einkommensgrenze hier einkaufen und müssen dafür auch einen Nachweis erbringen. Für Einzelpersonen liegt die Grenze bei ca. 1300 Euro im Monat.

Staatliche Maßnahmen

In einer Studie, die kommenden Sommer publiziert wird, analysiert FIAN Österreich auch die staatlichen Maßnahmen, die den Zugang zu Nahrung ermöglichen sollten. Ergebnisse der Analyse zeigen, dass viele der Leistungen nicht der Realität



entsprechen, weil sie zu niedrig sind, um Fixkosten zu decken. Besonders problematisch ist die neue Sozialhilfe, aber auch das Arbeitslosengeld wurde seit über 20 Jahren nicht mehr an die Inflation angepasst. Ein weiteres Beispiel zeigt, dass Asylwerber*innen unter 18 Jahren in Oberösterreich einen Essenszuschuss von nur 100 Euro monatlich bekommen, wenn sie mit ihrer Familie in einer Privatwohnung unterbracht werden. Für Erwachsene sind es 215 Euro. Diese Beträge sind zu niedrig.

Gesunde Ernährung und rechtbasierter Ansatz

FIAN Österreich fordert u.a. die Verankerung sozialer Grundrechte in der österreichischen Verfassung und deren Umsetzung sowie eine bessere Finanzierung, beispielsweise für höhere Sozialleistungen. Es braucht ein System, wo Menschen selbstbestimmt über ihre Ernährung entscheiden können. Auch Maßnahmen zur Erfassung der Ernährungssicherheit werden gebraucht – z.B. durch die regelmäßige und systematische Erhebung der Anzahl von Lebensmittelausgabestellen, der Anzahl der Menschen, die versorgt werden, und der Lebensmittel, die hier gespendet oder verkauft werden. FIAN setzt sich auch dafür ein, dass partizipative Prozesse gestärkt werden, in denen Armutsbetroffene und Organisationen der Zivilgesellschaft in relevante Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Weitere Informationen werden im Handbuch „Responses to Hunger“ publiziert.

Elisa Klein-Diaz, FIAN Österreich



KRIEG IN DER UKRAINE

LEBENSMITTELPREISE: DER KRIEG TOBT NICHT NUR IN DER UKRAINE, SONDERN AUCH AUF DEN TELLERN

Während des russischen Angriffskriegs in der Ukraine steigen nicht nur die Öl-, Gas- und Kohlepreise drastisch an, sondern auch der Weizenpreis. Die hohen Lebensmittelpreise sind höchst komplex und eng mit Finanzspekulation verknüpft.

Der russische Angriffskrieg in der Ukraine verschärft die globale Ernährungskrise enorm. Nachdem die Lebensmittelpreise bereits letztes Jahr ein Rekordhoch verzeichnet hatten, sind sie jetzt höher als zur Zeit der Finanzkrise 2008/09. Laut der Welternährungsorganisation (FAO) ist der Lebensmittelindex seit Februar 2022 um 12,6 Prozent gestiegen. Allein der Marktpreis für Weizen hat sich in den letzten Wochen von 200 Euro auf 400 Euro pro Tonne verdoppelt. Russland und die Ukraine, auch als „Kornkammer Europas“ bekannt, gehören zu den weltweit wichtigsten Exporteuren von Weizen, Mais, Raps und Sonnenblumenöl. Der Krieg bedeutet weitreichende Konsequenzen für den globalen Welthandel, die sich meist auf den Tellern der Ärmsten bemerkbar machen. Bereits mit dem vorübergehenden Exportstopp, den Russland für Mitte März bis Ende Juni für Weizen, Roggen, Gerste und Mais ankündigte, verzeichneten einige afrikanische Importländer steigende Lebensmittelpreise. Die Maßnahmen der russischen Regierung zielen darauf ab, den heimischen Lebensmittelmarkt gegen wirtschaftliche Sanktionen zu schützen und interne Lieferengpässe zu vermeiden. Auch wenn Russland den Exportstopp mittlerweile etwas gelockert hat, bleiben die Preise hoch und steigen weiter.

Globale Abhängigkeit von ukrainischem und russischem Weizen

Besonders tragisch ist diese Situation für wirtschaftlich schwache und kriegsgeschundene Länder. Deren Bevölkerung kann sich Lebensmittel, auch wenn sie noch ohne Einschränkungen vorhanden sind, nicht mehr leisten.

Dies gilt unter anderem für Länder des sogenannten „Globalen Südens“. Ihre Produktionssysteme wurden in den letzten Jahrzehnten geschwächt und sie sind nun stark von Lebensmittelimporten abhängig. Rund 50 Länder beziehen 30 Prozent oder mehr ihrer Weizenversorgung aus Russland oder der Ukraine. Viele davon haben ohnehin Probleme, die Ernährungssicherung ihrer Bevölkerung zu gewährleisten. Besonders (nord-)afrikanische Staaten sowie der Jemen oder Libanon treffen die Preisanstiege enorm.

Somalia am Horn von Afrika kämpft schon seit Jahren mit einer anhaltenden Dürre. Ihre Folgen sind vernichtete Ernten, totes Vieh und kein gesicherter Zugang zu Nahrung für knapp sechs Millionen Menschen. 90 bis 100 Prozent seines Weizens bezieht Somalia aus Russland und der Ukraine. Ein Wegfall dieser Importe könnte noch schwerwiegendere Folgen haben.

Der Jemen beispielsweise ist, bedingt durch den seit acht Jahren andauernden Bürgerkrieg, schon seit geraumer Zeit von Hilfslieferungen internationaler Organisationen abhängig. 17 von 30 Millionen Menschen hungern. Viele neue Länder kommen nun hinzu. Große Hilfsorganisationen warnen bereits vor Zuständen wie im Zweiten Weltkrieg, vor Hungerrevolten und daraus resultierender politischer Instabilität. Diese werden weiter dadurch bedingt, dass auch die Hilfsorganisationen weniger Lebensmittel kaufen und verteilen können, wenn die Preise steigen.

Ukrainekrieg erhöht Lebensmittelpreise

Es wäre anzunehmen, dass die aktuelle Preisexplosion durch bereits bestehende Lieferengpässe und Ernteaufschläge ausgelöst wird. Dies ist jedoch nur die halbe Wahrheit. Die hohen Preise haben keinen unmittelbaren Bezug zu bereits existierenden Lieferengpässen oder Ernteaufschlägen. Sie werden durch eine Reihe von Faktoren ausgelöst: Nachwirkungen der Covid-19 Pandemie, Klimakrise und -katastrophen, steigende Energiepreise, Ausbeutungsstrukturen in den globalen Lieferketten sowie einer steigenden sozialen Ungerechtigkeit. Die Lebensmittelpreise hängen dementsprechend auch stark mit den Energiepreisen für fossile Brennstoffe und höheren Kosten für Düngemittel- oder Transportmittel sowie Agrartreibstoffe zusammen. Hinzu kommt, dass viele Nutzpflanzen, also Agrargüter wie beispielsweise Mais, die als Agrartreibstoff, Futtermittel und Lebensmittel dienen, eine doppelte oder dreifache Rolle in dieser Krise einnehmen und ihre Komplexität erhöhen. Zwei weitere Faktoren verschärfen diese Entwicklung: die Finanzialisierung von Lebensmitteln und Landwirtschaft und Spekulationen am Finanzmarkt. Finanzialisierung meint, dass die Finanzwirtschaft (Finanzmärkte, -institutionen und -eliten) eine zunehmend dominantere Rolle im Weltgeschehen einnimmt.

Das verquere System des globalen Agrarstoffhandels

Das System der weltweit einheitlichen Marktpreise von (Agrar-) Rohstoffen und der ineinander verstrickten globalen Abhängigkeitsstrukturen ist noch relativ jung. Der Rohstoffmarkt war bis in die frühen 2000er Jahre stark reguliert, als der damalige US-Präsident Bill Clinton im Jahr 2000 den „Commodities Future Modernization Act“ unterzeichnete. Das Gesetz öffnete den Markt für eine unbegrenzte Anzahl von Händler*innen, die mit Preisen spekulieren dürfen. Die sieben größten Terminbörsen für den Agrarrohstoffhandel bestimmen die weltweiten Preise für Agrargüter wie Weizen. Beim Warenterminhandel werden der Verkauf oder der Kauf von Waren zu künftigen Terminen, Mengen und Preisen festgelegt. Es handelt sich dabei also primär um die Vermutung, dass eine Knappheit eintreten könnte und die Spekulation darauf.

Weitere Liberalisierungen führten zu einem Anstieg der spekulativen Kapitalanlagen in Agrarerzeugnisse um das Doppelte zwischen 2006 und 2011. Die Folgen sind aggressive

Investitionen und Spekulationen und eine immer mächtigere Finanzialisierung des globalen Ernährungssystems. Sie machten sich bereits 2008 bemerkbar, als im Zuge der internationalen Finanzkrise auch der Lebensmittel- und (Agrar-) Rohstoffsektor in eine tiefe Krise stürzte. Es ist nicht die verstärkte Nachfrage, die die steigenden Rohstoffpreise auslöst. Es sind die Launen der Wall Street und ihren Spekulanten, die als nachhaltige Preisverstärker wirkten und mithilfe einer gewissen Herdenmentalität die Preise in die Höhe trieben.

Ein Ende in Sicht?

Ja, der Angriffskrieg Russlands in der Ukraine könnte zu einer Verknappung von Lebensmitteln in der Zukunft führen – aber noch ist sie nicht da. Bereits jetzt führt der Krieg in der Ukraine zu enormen Preisanstiegen von Öl, Gas und Lebensmitteln, obwohl noch keine Lieferengpässe oder Knappheiten bestehen. Dies lässt sich zu einem großen Teil durch Finanzspekulationen auf (Agrar-) Rohstoffe erklären. Zum anderen sind die Preisentwicklungen aber eingebettet in ein deutlich komplexeres Konstrukt von Krisen. Letztendlich entsteht momentan eine neue Dimension der bereits existierenden multidimensionalen Systemkrise, die sich nicht einfach lösen lässt. Die Interessen der Agrarindustrie gehen an den komplexen Ursachen dieser Krise vorbei. Sie treiben sie eher voran, als sie zu unterbinden.

Es gibt keine weltweite Knappheit an Lebensmitteln, sondern lediglich eine ungerechte Verteilung dieser. Um eine gerechtere Verteilung garantieren zu können, müssten wir einige wichtige Faktoren überdenken und neu bewerten. Unter anderem müsste die dramatische Verschwendung von einem Drittel aller Lebensmittel weltweit enden und eine Neubewertung von Futtermitteln und Agrartreibstoffen gelingen. Auf rund 30 Prozent des weltweiten Ackerlands wächst Nahrung, die nie verzehrt wird, sondern als Futtermittel in die Massentierhaltung oder als Agrartreibstoffe in Tanks fließt. Was es jetzt braucht, ist eine Umkehr dieses Systems, hin zu einer stärkeren Unterstützung und Einbindung der Zivilgesellschaft und indigener Völker sowie bäuerlicher Agrarökologie. Sie zählt zu den wichtigsten Akteur*innen zur Erreichung von Ernährungssouveränität. Eine global koordinierte, solide, integrative und effektive Herangehensweise ist essentiell in der Umsetzung einer tiefgreifenden Umgestaltung des globalen Lebensmittelmarktes.

Sophie Gleitsmann ist Praktikantin bei FIAN Österreich

Die Originalversion dieses Textes ist am 19.4.2022 als Blogbeitrag bei Mosaik – Politik neu zusammensetzen erschienen: <https://mosaik-blog.at/lebensmittelpreise-ukraine-weizen-finanzspekulation/>

LANDGRABBING

DAS LAND DENEN, DIE ES BEARBEITEN!

Zehn Jahre nach Verabschiedung der UN-Landleitlinien ist der Trend zu Land Grabbing ungebrochen. Über 100 Organisationen fordern daher die Staatengemeinschaft auf, ihren Verpflichtungen zur Verwirklichung des Rechts auf Land nachzukommen.

Die derzeitige Lage ist für Millionen von Bäuer*innen und Menschen, die auf dem Land leben und arbeiten, mehr als besorgniserregend. Die Corona-Pandemie hat ihre prekäre Ernährungs- und Einkommenssituation dramatisch verschlechtert und Land Grabbing weiter Vorschub geleistet, da viele Proteste unterbunden wurden und Kleinbäuer*innen ihr Land nicht betreten konnten. Zusätzlich bergen die Auswirkungen der russischen Invasion in der Ukraine das Risiko, dass politische Entscheidungen unter dem Vorwand der Hungerkrisenbewältigung Landgeschäfte von Konzernen fördern. Wenn wir eine Ernährungskrise abwenden und Hunger langfristig erfolgreich bekämpfen wollen, müssen umgehend Maßnahmen gegen die Verdrängung von Kleinbäuer*innen beschlossen werden. Die UN-Landleitlinien bilden eine völkerrechtliche Grundlage dazu. Die im Mai 2012 vom UN-Ausschuss für Welt-ernährungssicherung (CFS) beschlossenen „Freiwilligen Leitlinien für die verantwortungsvolle Verwaltung von Boden- und Landnutzungsrechten, Fischgründen und Wäldern“ sind ein Meilenstein in der Entwicklungspolitik. Sie skizzieren, wie Landtransfers unter Achtung des Menschenrechts auf Nahrung sowie der Nutzungsrechte der lokalen Bevölkerung ausgestaltet sind.¹

Trend zum Land Grabbing ungebrochen

Häufig kommt es bei Landtransfers zu gewaltsamen Zwangs-räumungen und Vertreibungen von Kleinbäuer*innen ohne formelle Landtitel wie etwa beim Land Grabbing für Zuckerplantagen in Kambodscha² oder Kaffee in Uganda.³ Das Land wird in Folge nicht mehr von Bäuer*innen bewirtschaftet, sondern von Konzernen. Obwohl aktuell noch immer mehr als 800 Millionen Menschen hungern, bauen diese oftmals nicht einmal mehr Nahrungsmittel an, sondern Pflanzen für die Herstellung von Bio-Sprit für europäische Tanks, wie im mittlerweile vom Investor fallengelassenen Projekt in Sierra Leone.⁴ Eine konsequente Anwendung der Leitlinien würde legitime Landnutzungsrechte der lokalen Bevölkerung schützen und ein Mitbestimmungsrecht einzuräumen, wie ihre Landflächen verplant werden. In vielen Ländern sehen wir den Trend zum Land Grabbing heute jedoch ungebrochen. Die Konzentration der Kontrolle über Land und andere natürliche Ressourcen in den Händen von Unternehmen, Finanzinvestoren und anderen mächtigen Akteuren hat alarmierende Ausmaße erreicht. Zunehmende Finanzialisierung, unternehmensgetriebene

Digitalisierung und marktbasierter Mechanismen zur Bekämpfung der Klimakrise verschärfen Enteignung und Ungerechtigkeit.

Land muss zuallererst die Menschen ernähren

Ohne Bäuerinnen und Bauern, ohne ihr breites Angebot an nahrhaften und leistbaren Nahrungsmitteln, werden wir Ernährungskrisen nicht überwinden. Wenn die Nahrungsmittelproduzent*innen verdrängt werden, nimmt der Hunger zu. Gemeinsam mit über 100 internationalen Organisationen richtet FIAN daher zum 10. Jahrestag der UN-Leitlinien für Landnutzungsrechte eine internationale Erklärung an die Staaten, die FAO und das UN-System. Das Statement wurde koordiniert vom International Planning Committee for Food Sovereignty (IPC).

An die österreichische Regierung appelliert FIAN insbesondere:

1. sich für nationale und darüber hinaus für eine multilaterale Strategie zur Umsetzung der UN-Erklärung für die Rechte von Kleinbäuer*innen (UNDROP) und des Rechts auf Land einzusetzen;
2. sich für eine globale Landreform und zu definierende Landbesitzobergrenzen stark zu machen;
3. den Zusammenhang zwischen Land Grabbing, Landvertreibung, industrieller Landwirtschaft, Artensterben und Klimawandel anzuerkennen und für eine agrarökologische Landwende einzutreten.

Lukas Schmidt und Tina Wirnsberger, FIAN Österreich

Die volle Erklärung zum Download:
www.fian.org/en/news/article/time-for-agrarian-reforms-in-line-with-un-land-tenure-guidelines-2966

1 FAO. 2022. Voluntary Guidelines on the Responsible Governance of Tenure of Land, Fisheries and Forests in the Context of National Food Security. First revision. Rome.

2 Landraub in Kambodscha: www.fian.at/de/faelle/kambodscha

3 Bitterer Kaffee aus Uganda: www.fian.at/de/faelle/uganda-mubende

4 Land Grabbing für europäische Tanks: www.fian.at/de/faelle/sierra-leone-addax

FALLARBEIT

KAWERI-FALL: UGANDA MUSS CEDAW-EMPFEHLUNGEN EINHALTEN

Am 17. August 2001 begann die ugandische Armee im Bezirk Mubende mit der gewaltsamen Vertreibung von über 4.000 Menschen von 2.524 Hektar Land, um Platz für die Kaweri Coffee Plantation Ltd. zu machen. Seit mehr als zwei Jahrzehnten fordern die Vertriebenen eine Entschädigung, FIAN begleitet sie seit Beginn an. Erst 19 Jahre später legte die Staatsanwaltschaft erstmals ein Angebot vor, welches ein Teil der Kläger*innen annahm, obwohl es sehr gering ausfällt. Andere Betroffene wollen das Verfahren fortführen, die nächste Gerichtsverhandlung soll im Juni stattfinden.



Die Vertriebenen der Kaweri Coffee Plantage

© FIAN

Anfang dieses Jahres legten FIAN Uganda und FIAN International dem UN-Ausschuss zur Beseitigung der Diskriminierung der Frau (CEDAW) einen zehnteiligen Parallelbericht zum ugandischen Staatenbericht im Rahmen des Universellen Prüfungsverfahrens (UPR) des Menschenrechtsrats vor. Darin appellierten sie an das Gremium, mit entsprechenden Empfehlungen an die ugandische Regierung die von der unrechtmäßigen Vertreibung betroffenen Frauen in Mubende zu unterstützen.

Im Zusammenhang mit der brutalen Vertreibung und der 20 Jahre andauernden Untätigkeit ist die ugandische Regierung auch ihren Verpflichtungen aus der UN-Frauenrechtskonvention nicht nachgekommen. Uganda hat den Vertrag 1985 ratifiziert und seine Regierung beauftragt, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um alle Formen der Diskriminierung seiner Bürgerinnen zu verbieten.

FIAN fordert, dass die Regierung die Frauen für die Menschenrechtsverletzungen, materiellen Schäden und die aus der Vertreibung resultierenden schwerwiegenden Folgen entschädigt.

Mit dem Parallelbericht übermittelte die Organisation für das Recht auf Nahrung konkrete Handlungsempfehlungen, um die Not der Frauen zu mindern. Der CEDAW-Ausschuss, der sich aus 23 unabhängigen Expert*innen für Frauenrechte aus der ganzen Welt zusammensetzt, äußerte sich schließlich besorgt über „die immer noch ausstehende Beilegung des Vorfalls vor Gericht“ und hob die „Enteignung von Land im Besitz von Frauen und Zwangsräumungen von Frauen, die drei Viertel der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft ausmachen“ hervor. FIAN begrüßt, dass der Ausschuss folgende Empfehlungen an die Regierung aussprach, und wird weiterhin genau verfolgen, ob Uganda diese umsetzt:

- Schaffung eines rechtlichen Rahmens, um sicherzustellen, dass agroindustrielle Projekte und Aktivitäten der Rohstoffindustrie nicht die Rechte von Frauen auf Landbesitz und ihren Lebensunterhalt untergraben, und sicherzustellen, dass solche Unternehmungen nur zulässig sind, nachdem geschlechtsspezifische Folgenabschätzungen unter Einbeziehung von Frauen durchgeführt wurden;
- Gewährleistung, dass Zwangsräumungen gerichtlich angeordnet werden und strengen Verfahrensgarantien im Einklang mit internationalen Standards unterliegen;
- Beschleunigung der Gerichtsverfahren für eine schnelle und angemessene Entschädigung im Fall der Vertreibungen in Mubende unter Beachtung des Grundsatzes der Gewaltenteilung.

Tina Wirnsberger, FIAN Österreich

Nähere Informationen über den Fall der Vertriebenen der Kaweri-Plantage finden Sie auch in der FIAN-Publikation „Geschichten des Widerstands: Uganda“ auf www.fian.at. Gerne senden wir Ihnen ein Exemplar zu.

VERANSTALTUNGSBERICHTE

HUNGER.MACHT.PROFITE.11

Zum 11. Mal brachten die Filmtage zum Recht auf Nahrung - Hunger.Macht.Profite. österreichweit kritische Dokumentarfilme auf die Kinoleinwände. Vom 17. März bis zum 6. Mai 2022 zeigten die Filme in Wien, Niederösterreich, Oberösterreich, Tirol, Vorarlberg und der Steiermark die Probleme unserer weltweiten Nahrungsmittel-erzeugung - aber auch, was wir dagegen tun können.



© FIAN

Dem Hunger.Macht.Profite.-Team ist es wieder gelungen, vier international vielbeachtete Dokumentarfilme zu ihrer Premiere nach Österreich zu holen. Es produzierte dafür die deutschsprachigen Untertitel. Neben den Dokumentarfilmen waren die Filmgespräche ein zentraler Bestandteil der Veranstaltungsreihe. Die Kinobesucher*innen waren eingeladen, gemeinsam mit Fachreferent*innen die Filminhalte kritisch und vertiefend zu diskutieren. Angesichts der Unsicherheiten aufgrund der COVID-19 Pandemie, freut es uns ganz besonders, dass die Filme und Filmgespräche von zahlreichen Menschen besucht wurden.

Inhaltlich rückte die diesjährige Ausgabe der Filmtage insbesondere die Rolle von Frauen im Ernährungssystem in den Mittelpunkt: Drei der Filme zeigen in den Hauptrollen Frauen, die von Frankreich über Malawi bis nach Peru Widerstand gegen ein profitgesteuertes Wirtschaftssystem, das Mensch und Natur ausbeutet, leisten.

Nach den Filmtagen ist vor den Filmtagen und deshalb freuen wir uns gemeinsam mit dem Hunger.Macht.Profite.-Team bereits auf die zwölfte Ausgabe der Filmtage im Jahr 2023!

SOZIALE GRUNDRECHTE IN DIE VERFASSUNG ?

Am 12. und 13. Mai veranstaltete die Volkswirtschaft ein NGO-Forum zum Thema „Soziale Grundrechte in die Verfassung“, wo neben zahlreichen Mitgliedern der Armutskonferenz und der Zivilgesellschaft auch FIAN vertreten war.

Österreich rühmt sich damit, ein Sozialstaat zu sein, ist jedoch laut Prof. Walter Pfeil (Universität Salzburg), der das Forum mit einer Keynote zum Status Quo der menschenrechtlichen Lage in Österreich eröffnete, der einzige EU-Staat, der keine sozialen Rechte in der Verfassung verankert hat.

Die Verankerung von sozialen Grundrechten in der Verfassung wird seit Jahren diskutiert – wenn in Österreich von Menschenrechten gesprochen wird, geht es jedoch fast immer um politische und bürgerliche Rechte.

Verhandlungen zu Grundrechtekatalog im aktuellen Regierungsprogramm

Im aktuellen Regierungsprogramm ist festgelegt, dass Verhandlungen zu einem umfassenden Grundrechtekatalog wieder aufgenommen werden sollen – dies griff die Volkswirtschaft nun in ihrer Veranstaltung auf.

In sechs Arbeitsgruppen wurden anhand der Themenbereiche „Armutsvermeidung“, „Gesundheit“, „Soziale Absicherung“, „Wohnen/Obdachlosigkeit“, „Daseinsvorsorge“ und „Bildung“ Vorschläge erarbeitet, welche verfassungsrechtlichen Garantien welche konkreten Maßnahmen sicherstellen sollen. Die Forderungen wurden anschließend mit Vertreter*innen von SPÖ, NEOS, Grünen und FPÖ diskutiert.

FIAN fordert Rechte statt Almosen

FIAN fordert seit Jahren, dass soziale Grundrechte in der österreichischen Verfassung verankert werden, damit auch Einzelpersonen den Staat in die Pflicht nehmen können und soziale Gerechtigkeit langfristig abgesichert wird. Auch Volksanwalt Bernhard Achitz teilt diese Meinung – nun liegt es an der Politik, endlich ihre Lippenbekenntnisse in die Tat umzusetzen!

Lisa Schrammel, Vorstandsmitglied bei FIAN Österreich

ICH UNTERSTÜTZE FIAN UND MÖCHTE:

- unverbindlich für ein Jahr Informationen per Post erhalten.
- regelmäßig Informationen per E-Mail erhalten.
- mich mit anderen Aktivist*innen engagieren.
- das FOODFirst Magazin abonnieren. (15 € jährlich, für Mitglieder kostenlos)
- FIAN-Mitglied werden.
Mein jährlicher Beitrag soll sich belaufen auf:
- 52 €
 - einen ermäßigten Beitrag: €
 - einen erhöhten Beitrag: €
 - und eine Einzugsermächtigung einrichten.
- Die Arbeit von FIAN
- einmalig monatlich jährlich mit € unterstützen.
 - und eine Einzugsermächtigung einrichten.
- Ich bin FIAN Mitglied und möchte meinen Beitrag erhöhen um € monatlich jährlich

Name

Organisation

Straße

PLZ/Ort

E-Mail

Datum/Unterschrift

An
FIAN Österreich
Schwarzspanierstraße 15/3/1
1090 Wien

Ausfüllen, abtrennen und versenden oder mailen an: office@fian.at

Give Agroecology A Chance.

STOP!
FAO-CROPLIFE
#TOXICALLIANCE

OUR FOOD SYSTEMS
DON'T NEED
POISONS

DANGER PELIGRO
PESTICIDES PESTICIDAS

385 Millionen Bäuer*innen und Landarbeiter*innen werden jährlich durch Pestizide vergiftet, die CropLife International verkauft. Mit diesem Handelsverband der Chemiegiganten will die FAO eine Partnerschaft eingehen.

Wir sagen Nein zu dieser giftigen Allianz!

Jetzt Petition unterzeichnen:
<https://www.panna.org/take-action/tell-fao-stop-toxicalliance-croplife>

Impressum

FIAN Österreich - Food First Magazin 1/2022

Herausgeber*in
FIAN Österreich
Schwarzspanierstr. 15/3/1, 1090 Wien
Tel. 01-2350 239, Fax 01-2350 239-20
E-Mail: office@fian.at
Internet: www.fian.at FIANoesterreich
ZVR: 937 480 634

Redaktion: Lukas Schmidt

Layout: Lukas Schmidt

Druck: druck.at, 2544 Leobersdorf

Fotos

Cover, Pixabay
S.0, FIAN
S.3 Leonardo Melgarejo / UCCSNAL
S.4, 6 FIAN
S.7 Seleção J Zinclar
S.8 Sandra Tauscher
S.9 Xenia Trampusch
S.11 Tingey Injury Law Firm
S.12 Pixabay
S.15, 16 FIAN
S.17, Panna

Ausgabe 1/2022
Erscheinungsdatum: Juni 2022
Erscheinungsort: Wien, Verlagspostamt A-1090 Wien

Magazin für Mitglieder kostenlos
Abopreis 15 €, Förderabo 30 €

Spendenkonto
FIAN Österreich
IBAN: AT73 20111294 1590 3600
BIC: GIBAATWWXXX

Gefördert durch die

Österreichische
Entwicklungs-
zusammenarbeit

Gefördert durch die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit. Die hier vertretenen Standpunkte geben die Ansicht der Herausgeber wieder und stellen in keiner Weise die offizielle Meinung der Fördergeber dar.



FIAN
ÖSTERREICH

INT. MENSCHENRECHTS ORGANISATION FÜR DAS RECHT SICH ZU ERNÄHREN

Weltweit werden Menschen durch die vorherrschenden politischen, sozialen und wirtschaftlichen Strukturen systematisch daran gehindert, ihr Menschenrecht auf Nahrung durchzusetzen. FIAN setzt sich als internationale Menschenrechtsorganisation dafür ein, dass alle Menschen frei von Hunger sowie in Würde leben und sich eigenverantwortlich ernähren können. FIAN tut das auf Basis internationaler Menschenrechtsabkommen, insbesondere des Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte.

Mit 21 Sektionen und Koordinationen und Mitgliedern in 50 Ländern ist FIAN weltweit präsent. Seit 30 Jahren wirkt die Arbeit von FIAN lokal, national und auf internationaler Ebene. Als FIAN Österreich zeigen wir die Mitverantwortung der österreichischen Politik und Unternehmen am weltweiten Hunger auf. Von ihnen fordern wir bei Verletzungen des Menschenrechts auf Nahrung Rechenschaft ein.

FIAN engagiert sich in konkreten Fällen vor Ort. Gleichzeitig setzen wir uns für politische Rahmenbedingungen ein, die Menschenrechte zum Maßstab haben.
